

Konfrontation und Kooperation – Tabellarische Übersicht zum „demokratischen Aufbruch“ 1918/19 in Baden und Württemberg

Diese Übersicht kann als Grundlage dienen, einzelne Ereignisse, Entwicklungen, Personen oder Institutionen gezielt auf archivalischer Basis zu untersuchen. Zudem können die Schülerinnen und Schüler die regionalgeschichtlichen Vorgänge im Vergleich zum Schulbuch, in dem die Reichsebene überwiegt, betrachten.

Baden		Württemberg
<p>seit dem Frühjahr 1917: Sozialproteste in der Rüstungsindustrie (bessere Verpflegung, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten)</p> <p>Winter 1918: Arbeiterdemonstration in Mannheim (Forderungen nach Auflösung der Ständeversammlung, Frauenwahlrecht, politische Mitbestimmung)</p> <p>Herbst 1918: Einzelne Streiks und Proteste in Betrieben in Karlsruhe und Mannheim</p>	<p>Soziale und politische Proteste vor Kriegsende</p>	<p>Winter/Frühjahr 1918: Kaum Protestbewegungen in Großbetrieben</p> <p>22. Oktober - 7. November 1918: Streiks bei den Rüstungsbetrieben in Friedrichshafen</p> <p>Großdemonstration in der Stuttgarter Innenstadt (Forderungen nach Waffenstillstand und sozialistischer Republik)</p> <p>Streiks und Proteste auch in Esslingen und Ulm</p>
<p>9./10.11: Gewaltlose Proteste und Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten in Karlsruhe, Offenburg, Lahr, Mannheim; Einberufung eines Wohlfahrtsausschusses durch Karlsruher Oberbürgermeister; Bildung einer vorläufigen Volksregierung gemeinsam mit dem Karlsruher Soldatenrat; Soldaten besetzen strategische Positionen in Karlsruhe und Mannheim.</p> <p>Nach Schüssen auf das Residenzschloss Karlsruhe flüchtet der Großherzog nach Schloss Zwingenberg.</p> <p>10.11.: Ausrufung der sozialistischen Republik Baden in Mannheim, Hissung von</p>	<p>Vorgänge während der Novemberrevolution</p>	<p>Großdemonstrationen in vielen Städten des Landes. In Stuttgart versammeln sich viele Tausend Menschen auf dem Schlossplatz, dem Karlsplatz und dem Schillerplatz. Im Hof der Rotebühlkaserne (Rotebühlplatz) versammeln sich Soldaten zu einer Kundgebung. SPD, Gewerkschaften und USPD einigen sich im Landtagsgebäude auf eine <u>Provisorische Regierung</u> unter der Führung von Wilhelm Blos (SPD). Eine Gruppe Spartakisten stürmt das Wilhelmspalais, den Wohnsitz des Königs, und hisst dort die rote Fahne. Am Abend wird der König und seine Familie, begleitet von</p>

Roten Fahnen		revolutionären Soldaten und einem Schutzbrief des neuen Ministerpräsidenten, seinem Wunsch gemäß nach Schloss Bebenhausen gebracht.
Kooperation des parteiübergreifenden Wohlfahrtsausschusses (Siegrist) mit dem Arbeiter- und Soldatenrat, Vorläufige Volksregierung Anton Geiß Einbezug bürgerlicher Kreise	Übergang der Regierungsgewalt	Bildung einer vorläufigen, parteiübergreifenden Landesregierung unter Wilhelm Blos, Unterstützung der Mehrheit des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrats und der Kommandeure des in Stuttgart und Ulm stationierten Militärs, Einbezug bürgerlicher Kreise
Abdankung Großherzog Friedrichs 22.11.1918	Ende der Monarchie	Abdankung König Wilhelms II. 30.11.1918
22.11.1918 Landesversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte in Mannheim: Konstituierung als Vorparlament, Forderung nach Exekutivbefugnissen und Kontrolle der Verwaltung; Kompetenzstreitigkeiten um „Volkswehr“ und Gegenentwurf zur Verfassung.	Rätebewegung und Regierung	8.12. 1918 Arbeiterrat Groß-Stuttgart beruft eine Landesversammlung ein. Unter der Teilnahme nahezu aller Oberämter wird ein Landesausschuss der Arbeiterräte gebildet, der die provisorische Regierung unterstützt. Der Flügel der MSPD setzt sich gegen USPD und Spartakisten durch. Entlassung des Kriegsministers Schreiner (USPD), der Räterepublik will. Kompetenzaufteilung: Arbeit, Wohnung, Grundversorgung an Arbeiterräte; Militär und Polizei bei Regierung
5. 1. 1919 Wahlen zu einer „Verfassungsgebenden Badischen Nationalversammlung“ (91% für Weimarer Koalition); Marginalisierung der USPD und damit der Rätebewegung	Wahlen	12.1.1919 Wahl zur „Verfassungsgebenden Landesversammlung“ (80% für Weimarer Koalition); Marginalisierung der USPD und Rätebewegung

<p>25.3.1919 Verabschiedung der republikanischen Verfassung durch die badische Nationalversammlung; Bestätigung der Verfassung am 13.4.1919 durch eine Volksabstimmung, der ersten demokratischen Volksabstimmung in der deutschen Geschichte überhaupt. Zunehmende Delegitimierung der Rätebewegung</p>	<p>Verfassung</p>	<p>26.4.1919 Verabschiedung einer republikanischen Verfassung durch württembergische Landesversammlung</p> <p>Zunehmende Delegitimierung der Rätebewegung</p>
<p>21.2.1919 „Mannheimer Räterepublik“; Zusammenbruch des Generalstreiks nach 2 Tagen, Rücktritt des Arbeiterrates 25.2.</p>	<p>Aufstände und Unruhen 1919</p>	<p>Spartakistische Unruhen Anfang Januar in Stuttgart werden vom Militär niedergeschlagen, Entlassung der zwei USPD-Minister. 31. März 1919 Aufruf der KPD zum Generalstreik. Die Landesregierung antwortet im Verbund mit dem Exekutivausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte mit der Ausrufung des Belagerungszustandes für Stuttgart sowie die Oberämter Esslingen, Cannstatt und Böblingen. Es folgt der Einsatz der Sicherheitskompanien, der auf beiden Seiten zu Verwundeten und Toten führt. Der Streik wird nach wenigen Tagen niedergeschlagen und der Belagerungszustand aufgehoben. In Stuttgart werden Panzerwagen eingesetzt.</p>
<p>Zunehmende politische Entmachtung der Räte, Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte bis Oktober 1919.</p>	<p>Ende der Rätebewegung</p>	<p>Zunehmende politische Entmachtung der Räte, Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte bis 1921.</p>

